

## Deutschlands Führungsrolle 13.04.2016



BERLIN/CIUDAD DE MÉXICO (Eigener Bericht) -

Deutschland wird die Zusammenarbeit mit Mexiko ausbauen und Polizei sowie Streitkräfte des Landes trainieren. Dies teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel am gestrigen Dienstag nach Gesprächen mit dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto in Berlin mit. Demnach soll nicht nur die ökonomische Kooperation mit dem Land ausgebaut werden; Mexiko ist traditionell eines der zwei wichtigsten Zielländer

deutscher Firmen in Lateinamerika und wird insbesondere von deutschen Automobilkonzernen als Niedriglohnstandort zur Produktion für den lukrativen US-Markt genutzt. Auch im Bereich der inneren Repression und auf militärischem Feld werden die Beziehungen nun gestärkt. Der Ausbau der Kooperation erfolgt vor dem Hintergrund einer voranschreitenden Polarisierung auf beiden Seiten des Pazifik, die die westlichen Mächte und ihre regionalen Verbündeten gegen die Volksrepublik China positioniert. Zugleich sind mehrere Regierungen, die sich der westlichen Hegemonie verweigerten, entweder kürzlich abgewählt worden oder vom Sturz bedroht. Berlin stellt sich offensiv auf die Seite derjenigen Kräfte, die bereitwillig mit den Mächten des Westens kooperieren - wie Mexiko. Der mexikanische Präsident Peña Nieto erkennt im Gegenzug explizit Deutschlands "Führungsrolle" an.

### Nummer zwei in Lateinamerika

Mexiko ist traditionell eines der zwei wichtigsten Zielländer deutscher Firmen in Lateinamerika. Beinahe 1.700 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sind dort registriert; die Bundesbank bezifferte die deutschen Direktinvestitionen in dem Land Ende 2012 auf 9,2 Milliarden Euro. Höhere Summen haben deutsche Firmen zwischen Kap Hoorn und den Vereinigten Staaten nur in Brasilien investiert (24 Milliarden Euro Ende 2012). Galt Mexiko zunächst wegen seiner Größe als attraktivster Markt im Norden Lateinamerikas, so hat es am 1. Januar 1994 im Rahmen der Expansionsstrategien deutscher Konzerne eine zusätzliche Bedeutung erhalten: Seit diesem Tag ist es Teil der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, die es mit den USA und Kanada zusammenschließt. Faktisch ist Mexiko dadurch zum Niedriglohnstandort für die Produktion von Waren geworden, die in den Vereinigten Staaten verkauft werden sollen. Tatsächlich nehmen die USA sagenhafte 80 Prozent der mexikanischen Exporte ab. Vor allem deutsche Autokonzerne nutzen die niedrigen mexikanischen Löhne, um den US-Markt zu beliefern; VW de México etwa verkauft 84 Prozent seiner Produktion im nördlichen Nachbarland. Gegenüber deutschen Firmen geben sich mexikanische Politiker zuweilen außergewöhnlich kooperativ; so erhielt etwa BMW für die - letztlich unverbindliche - Zusage, eine Milliarde US-Dollar in ein neues Werk in Mexiko zu investieren, staatliche Vergünstigungen in Höhe von 196 Millionen Euro.[1]

### Pazifische Allianzen

Mexiko ist inzwischen auch aus weiteren Gründen für Berlin interessant. Es ist Gründungsmitglied der "Pazifik-Allianz", eines neoliberal orientierten Staatenbundes, der am 6. Juni 2012 von Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile gegründet wurde. Die Allianz versteht sich einerseits als Gegengewicht gegen das ALBA-Bündnis um Kuba und Venezuela, das eine Unterordnung unter die westliche Hegemonie ablehnt. Andererseits orientiert sie - daher hat sie ihren Namen - weniger auf das transatlantische, sondern vor allem auf das transpazifische Geschäft. Dabei geht sie in enger Anlehnung an die Vereinigten Staaten vor (german-foreign-policy.com berichtete [2]) - und stärkt so das westliche Bündnissystem rings um den Pazifik, den Schauplatz der schärfer werdenden Rivalität zwischen China und den USA. Berlin und Brüssel haben nicht nur Freihandelsabkommen mit den Ländern der Pazifik-Allianz geschlossen, um die Zugänge für Unternehmen aus der EU zu verbessern. Die Bundesregierung hat inzwischen auch begonnen, die militärische Kooperation

mit den Staaten der Allianz auszubauen.[3] Mexiko gehört außerdem neben Chile und Peru der neuen Trans-Pacific Partnership (TPP) an, einem Freihandelsbündnis der Vereinigten Staaten mit weiteren Pazifik-Anrainern, das Chinas Einfluss zurückdrängen soll. An der TPP, deren Gründungsdokumente am 4. Februar 2016 unterzeichnet wurden, beteiligen sich neben den USA und Kanada Australien und Neuseeland, vier Staaten Südostasiens (Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam) und Japan. China ist nicht dabei.

### **Wirtschaft, Polizei, Militär**

Die Entscheidung Berlins, die Zusammenarbeit mit Mexiko auszubauen, ist auch vor dem Hintergrund der immer klarer hervortretenden Polarisierung rings um den Pazifik gefällt worden. Intensiver kooperiert werden soll zum einen in der Wirtschaft. Mexikos Staatspräsident Enrique Peña Nieto ist auf seiner gestern zu Ende gegangenen Berlin-Reise mit interessierten deutschen Firmenvertretern zusammengetroffen; "Verbesserungsvorschläge ... unserer Unternehmen" seien "sehr offen aufgenommen" worden, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel anschließend. Berlin wird sich im Gegenzug dafür einsetzen, parallel zur Verabschiedung des TTIP-Abkommens das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko anzupassen. In Mexiko werden andernfalls aufgrund der engen eigenen Bindung an die USA negative Folgen befürchtet. Zum zweiten bezieht der Ausbau der Kooperation den Repressionssektor ein: Deutschland will Mexiko bei Reform und Ausbildung der Polizei unterstützen. Drittens schließlich sollen die mexikanischen Streitkräfte von der Bundeswehr aus- und weitergebildet werden. Offiziell heißt es, dies geschehe, um Mexiko bei der 2014 erstmals angekündigten Entsendung von Soldaten in UN-Blauhelmeinsätze zu unterstützen. Faktisch handelt es sich um einen Beitrag zur militärischen Kooperation mit einem weiteren Staat der Pazifik-Allianz.

### **Umbrüche**

Dies ist auch mit Blick auf die aktuellen Umbrüche und Unruhen in Lateinamerika von Bedeutung. Mehrere Regierungen, die - bei gleichzeitiger Abkehr von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik - eine eigenständige, nicht von den westlichen Mächten abhängige Außenpolitik zu betreiben suchten, sind in jüngster Zeit empfindlich geschwächt oder abgewählt worden. Nicolás Maduro, Präsident des wichtigen ALBA-Staates Venezuela, sieht sich nach den Wahlen des vergangenen Jahres einer klaren Mehrheit der Opposition im venezolanischen Parlament gegenüber. In Argentinien ist Cristina Fernández de Kirchner ebenfalls im vergangenen Jahr abgewählt worden; ihr Amtsnachfolger Mauricio Macri gehört dem neoliberalen, an den USA und der EU orientierten Establishment an. In Brasilien kämpft die Opposition mit aller Macht dafür, Präsidentin Dilma Rousseff zu stürzen; Rousseff hatte das Land im Rahmen des BRICS-Bündnisses in eine intensive Kooperation mit China und Russland geführt.[4] Bedeutende Pfeiler einer lateinamerikanischen Gegenmachtbildung gegen EU und USA wanken also oder sind gekippt.

### **"Rückkehr auf die Weltbühne"**

Berlin stellt sich dabei klar auf die Seite der neoliberalen, auf Kooperation mit den westlichen Mächten setzenden Kräfte. Anfang Februar hat die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Maria Böhmer Argentinien besucht und dort Gespräche mit mehreren Regierungsmitgliedern geführt. Im Hinblick auf den dortigen Regierungs- und den mit ihm verbundenen Kurswechsel äußerte Böhmer, es müsse gelingen, diese "einmalige Gelegenheit für einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuanfang zu nutzen" und "an Gemeinsamkeiten mit Deutschland, Europa und der Welt anzuknüpfen".[5] Die Staatsministerin habe "den Willen der neuen Regierung zur außenpolitischen Öffnung des Landes" ausdrücklich "begrüßt", teilt die deutsche Botschaft in Buenos Aires mit. Böhmer wird mit der Aussage zitiert: "Wir werden Argentinien bei diesem Kurs unterstützen und freuen uns auf seine Rückkehr auf die Weltbühne als verlässlicher und verantwortungsbewusster Partner". Außenminister Steinmeier will noch im ersten Halbjahr 2016 Argentinien und Mexiko besuchen. Welchen politischen Profit - neben dem ökonomischen - die Bundesrepublik daraus ziehen kann, zeigt eine Art Ergebniserklärung, die der mexikanische Präsident Peña Nieto gestern in Berlin vortrug: "Wir bedanken uns ganz ausdrücklich für die Führungsrolle von Bundeskanzlerin Merkel. Wir erkennen diese Rolle an. Deutschland unter Bundeskanzlerin Merkel ist ein relevanter Akteur der Politik in Europa und der Welt".[6]

Mehr zur deutschen Lateinamerika-Politik: [Die Strategie der Pazifik-Allianz](#) , [Die Allianzen der Zukunft](#) und [Einflusskampf um Lateinamerika](#) .

[1] Andreas Knobloch: Mexiko: Subventionen für BMW in der Kritik. www.dw.com 02.01.2015.

[2], [3] S. dazu [Die Allianzen der Zukunft](#) .

[4] S. dazu [Umbruchszeiten](#) und [Der Überlegenheitsanspruch des Westens](#) .

[5] Argentinien: "Aufbruchsstimmung für vertiefte Beziehungen nutzen". www.buenos-aires.diplo.de.

[6] Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsidenten der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Peña Nieto. Berlin, 12.04.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)